Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tholen,
sehr geehrter Herr Beigeordneter Dahlmanns,
verehrte Ratskollegin und -kollegen,
sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,

zunächst einmal möchte ich Ihnen, Herr Dahlmanns, und Ihren Mitarbeitern im Namen der UB Fraktion für die Erstellung des Zahlenwerkes und den umfangreichen Erläuterungen bei der diesjährigen Haushaltsbesprechung danken. Sicherlich war Ihr vergangenes Jahr durch die Erstellung mehrerer Jahresabschlüsse derart von Zahlen geprägt, dass Sie vielleicht deshalb in Ihrer Einbringungsrede den nicht nur vom Bürgermeister vermissten und schon zur Gewohnheit gewordenen Witz vergessen haben.

Ein Zitat oder Schlagwort zu finden, mit dem der diesjährige Haushaltsplanentwurf umschrieben werden könnte, war angesichts der „business as usual"-Zahlen nicht einfach. Den Haushaltsplan 2014 könnte man kurzum unter Artikel 2 des rheinischen Grundgesetzes („***Et kütt wie et kütt***") packen. Und mit Blick auf die Vorjahre wäre Artikel 3 („***Et hätt noch emmer joot jejange***") eine denkbare und auch erstrebenswerte Zielvorstellung. Doch ganz so einfach wird es im Jahr 2014 nicht, wie Sie im weiteren Verlauf meiner Rede feststellen werden.

Da die Amtszeit des derzeitigen Gemeinderates im Mai endet, gestatten Sie mir doch zunächst einen Rückblick auf die vergangenen fünf Jahre unserer Haushaltswirtschaft.

In dieser Zeit haben wir fünf Haushaltssatzungen verabschiedet und fünf Bilanzen festgestellt. Durch unsere Entscheidungen haben wir, insbesondere im Bereich der Finanzwirtschaft, die Gemeindepolitik zu verantworten.

Eine gewisse Konstanz hatten die jährlich in Millionenhöhe ausgewiesenen Planverluste in den Haushaltsplanentwürfen, die mittlerweile auch den Bürgermeister nicht mehr schockieren können. **Aus gutem Grund!** Denn in allen Jahren sind die mit den Bilanzen tatsächlich festgestellten Jahresergebnisse **deutlich** besser ausgefallen als die Planzahlen. Auch beim noch festzustellenden Ergebnis für das Jahr 2013 (Planverlust von ca. 1,7 Mio. €) wird dieser Trend fortgesetzt.

Wenn Sie die Reden der UB Fraktion in den beiden vorangegangenen Jahren aufmerksam verfolgt haben, waren die Ergebnisverbesserungen 2012 und 2013 keine wirklichen Überraschungen. Der Planansatz der Steuereinnahmen wurde nicht von den Prognosen der Steuerschätzer, sondern vom deutlich niedrigeren Vorjahresergebnis abgeleitet und auf der Ausgabenseite wurden die Planwerte sehr großzügig bemessen. Sicherlich können sich die tatsächlich erzielten Ergebnisse, die in allen Jahren im Millionenbereich von den ursprünglichen Planzahlen abweichen, sehen lassen und bescheinigen auch eine solide Finanzpolitik in der Gemeinde. Aber die Beantwortung der Frage, ob bei der Erstellung der Planzahlen noch von einer seriösen Arbeit der Verantwortlichen gesprochen werden kann, überlasse ich Ihnen.

Zugegebenermaßen sind Haushaltspläne immer in die Zukunft ausgerichtet, beruhen auf Annahmen und Erwartungen und sind zum großen Teil von Faktoren

abhängig, die weder von der Verwaltung noch von uns politischen Vertretern beeinflusst werden können. Doch jedem von Ihnen, auch wenn er nicht aus dem kaufmännischen Bereich kommt, sollte bewusst sein, dass Planergebnisse immer wesentlich besser ausfallen, wenn Einnahmen zu niedrig und Ausgaben überhöht angesetzt werden. Die Antwort auf die Frage, ob hier bewusst vorsichtig kalkuliert worden ist, um keine Begehrlichkeiten bei den politischen Vertretern zu wecken, überlasse ich ebenfalls Ihnen.

Weiterhin mussten wir seit Beginn der bald endenden Legislaturperiode mit einem für viele von Ihnen völlig neuem Haushaltssystem, dem NKF, zurechtkommen. Ein von der UB Fraktion gestellter Antrag auf externe NKF-Schulung für Ratsmitglieder wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt, da kein Bedarf an einer Schulung des kaufmännischen Rechnungswesens vorhanden war.

Ein Grundziel der neuen Rechnungslegung, die bessere Steuerungsfähigkeit der Kommune, konnte in den Anfangsjahren nur bedingt erfüllt werden. Für uns als politische Vertreter war die Beurteilung der Haushaltsansätze in den einzelnen Produkten fast nahezu unmöglich, da mangels Feststellung des tatsächlichen Vorjahresergebnisses lediglich – wie eben bereits erwähnt – zu hohe oder zu niedrige Planzahlen wiedergegeben wurden. Einsparpotenziale konnten durch uns kaum abgeschätzt und Steuerungsmöglichkeiten erst verspätet umgesetzt werden. Erinnert sei an dieser Stelle an die Gebührenhaushalte „Winterdienst“ und „Friedhofsgebühren“, bei denen die Verwaltung entgegen den Regelungen im Kommunalabgabengesetz zunächst untätig geblieben ist und wir mangels tatsächlicher Zahlen erst verspätet Kenntnis erlangt haben.

Eine ständige Forderung der UB Fraktion, die gesetzlich vorgeschriebene Erstellung der Jahresabschlüsse durchzuführen, damit wir zeitnahe Vergleichszahlen

haben, wurde erst im vergangenen Jahr umgesetzt, nachdem die Aufsichtsbehörde eine zukünftige Versagung der Genehmigung angedroht hat.

Positiv kann die Entwicklung der Liquidität gesehen werden. Betrug diese zu Beginn des Jahres 2009 4,5 Mio. €, so verfügt die Gemeinde Anfang 2014 über 6,3 Mio. € Barreserven, trotz der vorzeitigen Ablösung der Darlehen, des Ankaufs von Bauhof/ Feuerwehrgerätehaus, der Investitionen in die LED-Technik und den Breitbandausbau, um nur einige Beispiele größerer Finanzmittelabflüsse zu nennen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch die letzte in der laufenden Legislaturperiode zu verabschiedende Haushaltssatzung ist - wie in allen vorangegangenen Jahren - strukturell **nicht** ausgeglichen. Durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe des geplanten Ausgabenüberschusses von rund 1,25 Mio. € kann der Haushalt dennoch formal ausgeglichen werden und bedarf keiner Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.
Doch im Gegensatz zu den Vorjahren sind die Spielräume in diesem Jahr enger. Die Planansätze bei den Steuereinnahmen orientieren sich fast am Maximum, was derzeit erwartet werden kann. Lediglich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer könnte nach den Prognosen der Steuerschätzer höher ausfallen. Auf der Ausgabenseite wurden wiederum einige Ansätze sehr großzügig bemessen, die bei Nichtbeanspruchung den Planverlust minimieren.

Die derzeitig erkennbaren Verbesserungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite werden dazu führen, dass der Planverlust niedriger ausfallen wird. Jedoch werden aller Voraussicht nach die Einnahmen nicht die Ausgaben decken können. Eine ähnliche Situation wie im abgelaufenen Haushaltsjahr, das nach Auskunft der Verwaltung trotz der konjunkturell bedingten wesentlichen Verbesserung der Steuereinnahmen mit einem Verlust abgeschlossen werden wird.

Im Vergleich zu vielen anderen Kommunen in NRW ist die Gemeinde Gangelt finanziell solide aufgestellt. Wir sind schuldenfrei und haben zudem noch was auf der hohen Kante. Und auch nach der mittelfristigen Finanzplanung werden in den nächsten Jahren voraussichtlich keine Kassenkredite oder neue Darlehen benötigt. Weiterhin droht der Gemeinde Gangelt keine Haushaltssicherung, so dass wir auch in der Lage sind, im Rahmen unserer finanziellen Möglichkeiten die Politik selbst zu bestimmen. Wir können notwendige Investitionen tätigen, wo sie von Nöten sind und können auch freiwillige Zahlungen leisten, ohne uns zu verschulden.

Jedoch haben wir von der UB Fraktion hin und wieder das Gefühl, dass diese komfortable Situation falsch interpretiert wird und Begehrlichkeiten wecken. Das abgelaufene und auch das laufende Haushaltsjahr führen uns deutlich vor Augen, dass die Einnahmen nicht ausreichen, um die Ausgaben zu decken. Und das in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen! Unsere Zielsetzung, dauerhaft ausgeglichene Haushalte zu erreichen, kann auch nach der mittelfristigen Planung bis 2017 nicht erreicht werden. Wie schnell unser finanzielles Polster aufgebraucht ist, wenn wir dauerhaft höhere Ausgaben als Einnahmen haben oder aber die Steuereinnahmen keine neuen Höchststände mehr erreichen oder sogar einbrechen, brauche ich Ihnen nicht vorzurechnen.

Daher sollten wir mit den uns anvertrauten Steuergeldern weiterhin verantwortungsbewusst umgehen und den von uns eingeschlagenen Weg der Konsolidierung mit ständigem Blick auf die Einnahmensituation konsequent fortsetzen. Da viele Ausgabenpositionen vorgegeben und fix sind, müssen wir künftig – wenn wir unsere Bürger nicht durch Steuererhöhungen zur Kasse bitten möchten – alle freiwilligen Leistungen kritisch hinterfragen und auch auf den Prüfstand stellen.

Leider kann die UB Fraktion die Prioritäten bei den Sparbemühungen in vereinzelten Fällen nicht immer ganz nachvollziehen. Es gibt zum Beispiel in der Gemeinde einen Ausschuss, dessen Daseinsberechtigung von der UB Fraktion stark angezweifelt wird: **Den Rechnungsprüfungsausschuss**.
Nach welchen Kriterien die anderen Fraktionen ihre Mitglieder auswählen und dorthin entsenden, ist der UB Fraktion nicht bekannt. Jedenfalls haben die Mitglieder dieses Ausschusses bis zur Einführung des NKF die kameralistische Buchführung der Verwaltung selbstständig kontrolliert und geprüft. Seit der Einführung des kaufmännischen Rechnungswesens beauftragt dieser Ausschuss einen externen Wirtschaftsprüfer, der hierfür ein Honorar in fünfstelliger Höhe erhält. Bei fünf geprüften Bilanzen summiert sich das Honorar mittlerweile auf weit über 100.000,00 € für eine Kontrollfunktion, die grundsätzlich durch die Mitglieder des Ausschusses wahrgenommen werden müsste. Nebenbei sei noch angemerkt, dass die Kämmerei in den letzten Jahren vorbildliche Arbeit geleistet hat, die zu keinen nennenswerten Änderungen durch die externe Prüfung geführt haben. Zudem müssen die gemeindlichen Bilanzen - im Gegensatz zu den Bilanzen von kaufmännischen Unternehmen - wegen der erreichten Schuldenfreiheit weder bei den Kreditinstituten noch zur Festsetzung von Steuern beim Finanzamt vorgelegt werden. Argumente, wie „wir fühlen uns sicherer, wenn ein

Wirtschaftsprüfer die Richtigkeit bestätigt und können dann beruhigt zustimmen“ rufen bei der UB Fraktion ein leichtes Kopfschütteln hervor.

Auf der anderen Seite werden finanziell geringere Anliegen, die dem Bürger unserer Gemeinde dauerhaft zugutekommen würden, mit dem Argument der eingeschlagenen Sparbemühungen regelrecht vom Tisch gewischt. Wegen des heutigen Heimspiels hier in Kreuzrath möchte ich daher ein Beispiel aus einer Sitzung im Dezember nennen, in der den politischen Vertretern der Investitionsplan für Jahr 2014 vorgestellt wurde und den Friedhof in Kreuzrath betrifft. Da der Friedhof in Kreuzrath – im Gegensatz zu vielen anderen Friedhöfen unserer Gemeinde – über keine eigene Friedhofshalle verfügt und die nahen Angehörigen, sowie die Sargträger bei Bestattungen schutzlos den Witterungsverhältnissen ausgesetzt sind, wurde nachgefragt, ob nicht die Erstellung einer Holzüberdachung ins Investitionsprogramm aufgenommen werden könne. Die Kosten dafür wurden in Höhe von 5.000,00 € beziffert. Mit Hinweis auf die Sparbemühungen und der Anregung auf Änderung des Ablaufs der Bestattungen wurde kein Bedarf für eine derartige Investition gesehen und der Bürger wird im wahrsten Sinne des Wortes im Regen stehen gelassen.

Neben einer soliden Finanzpolitik, die ein politisches Gestalten erst möglich macht, ist nach Ansicht der UB Fraktion für die Zukunft unserer Gemeinde auch eine bedarfsgerechte und flexible kommunale Flächenpolitik ein entscheidender und wichtiger Standortfaktor. Neben der Ausweisung von Flächen zur Errichtung von Wohnraum für junge Familien sollte auch mit Blick auf den demografischen Wandel ein Angebot an seniorengerechte und barrierefreie Wohnungen in unserer Gemeinde vorgehalten werden. Das ist aber nur möglich, wenn uns

als Kommune weiterhin Planungs- und Entscheidungsspielräume verbleiben. Durch den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes sollen diese eingeschränkt werden. Landesweite Berechnungsmethoden bergen jedoch immer die Gefahr, dass regionale oder örtlich unterschiedliche Gegebenheiten unberücksichtigt bleiben. Für unsere ländlich geprägte Gemeinde mit den kleinen Ortsteilen (Einwohner unter 2.000) ist es aber wichtig, dass eine Eigenentwicklung möglich bleibt, damit ein Stillstand nicht eintritt. Hierfür sollten wir uns fraktionsübergreifend stark machen, damit auch in Zukunft eine gewisse Planungshoheit gewahrt bleibt und wir in unserer Gemeinde bedarfsgerecht planen können.

Zum Abschluss möchte ich mich im Namen der UB Fraktion bei den anderen Ratsfraktionen und den Vertretern der Verwaltung für die kollegiale, konstruktive und sachliche Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren bedanken.

Die UB Fraktion wird heute dem vorliegenden Haushalt, einschließlich Finanz- und Investitionsplan, sowie dem Stellenplan, zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Roger Schröder

(stellv. Fraktionsvorsitzender)

Es gilt das gesprochene Wort!